

Für eine Demokratisierung der Demokratie!

Beschluss der 2. Tagung des 1. Landesparteitages
der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
am 20. und 21. September 2008

Die Demokratie ist in der Krise. Im politischen System, das eigentlich die Beteiligung aller garantieren soll, sind immer weniger Bürgerinnen und Bürger aktiv. Wahlen zeigen es überdeutlich. Sie werden von vielen Menschen als wirkungslos angesehen und folglich ignoriert. Die Brüchigkeit des eigenen Lebensstandards führt zu Enttäuschungen über die Politik, die einerseits für die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich gemacht und um Veränderung angemahnt wird. Andererseits wird ihr die Kompetenz dazu konsequent abgesprochen. Im Osten der Republik verdichtet sich das Problem deutlich, ist alltäglich spür- und erlebbar. Die Bevölkerungszahl schrumpft. Die Jungen, besser Gebildeten gehen. Es sind in der Mehrzahl junge Frauen, die sich als flexibler erweisen und ihre Zukunft in anderen Regionen suchen. Diejenigen, die bleiben, sind oft in hohem Maße frustriert und reagieren intolerant und ausgrenzend auf jene, die kommen und in ihrer Nachbarschaft eine Perspektive suchen. Ihre Vorstellungen von weitreichenden Veränderungen, allzu oft als konsequentes Durchgreifen formuliert, sind mit demokratischen Werten kaum vereinbar. Davon profitiert die extreme Rechte. Sie verstetigt ihre Wahlerfolge in den Kommunen und Ländern. Vermeintliche Abschottung steht hoch im Kurs einer Zeit, die eigentlich zeigt, dass Probleme im nationalstaatlichen Rahmen allein nicht mehr zu lösen sind. Die Probleme sind komplex, einfache Antworten untauglich.

DIE LINKE ist eine demokratische Partei. DIE LINKE ist eine systemkritische Partei. Daraus folgt die Frage, welche Werte die Demokratie auszeichnen und was ihr Wirksamwerden in unseren Augen begrenzt. Diese Fragestellung ist Ausgangspunkt dieses Antrages. Er versteht sich damit auch als Beitrag, um die Möglichkeiten und Grenzen eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses zu diskutieren.

Unveräußerliche und unteilbare Menschenrechte sind die grundlegenden Bestandteile der modernen, säkularen Gesellschaft. Dazu gehört das Recht des Einzelnen auf Selbstbestimmung. Das erste und einzige Konzept, das diese Pluralität von Gesellschaften mit der prinzipiellen Forderung nach Gleichheit verbinden

kann, ist die Demokratie. Heute ist sie als moderne Organisationsform politischer Herrschaft geprägt durch Gewaltenteilung der staatlichen Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und eben die Garantie der Grund- und Freiheitsrechte, deren Unveräußerlichkeit durch ihren besonderen Verfassungsrang dokumentiert ist. Diese Konzepte sind in historischen Prozessen in Abgrenzung zu religiös-fundamentalistischen, feudal-absolutistischen oder nationalistisch-diktatorischen Gesellschaften entstanden und daher wohl begründet.

An den Institutionen der Demokratie führt in der modernen Gesellschaft kein Weg vorbei. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger die Ordnung der Gesellschaft als legitim anerkennen können, dass Minderheiten zu Mehrheiten werden können, dass politisches Handeln von Argumenten statt von reinen Kapital- und Machtinteressen geleitet wird. Dabei bedarf es freilich auch hier einer Rückkopplung der Institutionen an den Bürgerwillen, um die vielfach eingetretene Entfremdung zwischen dem System und der Lebenswelt der Menschen zu überwinden. **Die Demokratie muss sich also neu ihres wesentlichen Gehaltes versichern und wieder zu einer Demokratie der Bürgerinnen und Bürger werden.**

Gleichwohl hat dieses freiheitlich-liberale Denken aus seinem Entstehungsprozess heraus immer auch einen blinden Fleck. Aus der Freiheit des Einzelnen wird im Kapitalismus der Zwang für jeden Einzelnen, sich in der modernen Konkurrenzgesellschaft zu behaupten. Aus Freiheit als Versprechen wird die Freiheit des Marktes.

DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft, die jedem ein Leben in Würde und Selbstbestimmung ermöglicht. Wir vertreten einen Demokratieansatz, der mit den Freiheitsrechten verknüpft ist und auf soziale Gerechtigkeit sowie umfassende Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen abzielt. Eine lebendige Demokratie erfordert vor allem transparente Strukturen von Staat und Politik, eine wirkliche gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, die allgemeine und umfassende Zugänglichkeit von Informationen, die nachteilslose Möglichkeit der Minderheitenposition, die Hinterfragung der politischen Praxis auf ihren tatsächlichen demokratischen Gehalt, die Kontrolle staatlicher Institutionen, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und nicht zuletzt auch den Schutz und die Verteidigung der Demokratie. **Für uns gewinnt Demokratie ihren Gehalt aus dem Zusammenhang von sozialen und politischen Rechten.**

Herausforderungen für die Demokratie im 21. Jahrhundert

Die Demokratie steht im 21. Jahrhundert vor neuen Herausforderungen. Die neuen Informationstechnologien überwinden bisher gekannte Grenzen von Zeit und Raum. **Die Globalisierung hat die Welt in neuer Weise verbunden.** Die Technisierung

hat neue Formen der Arbeit geschaffen und alte abgeschafft. Wissen wird Schlüsselqualifikation für immer mehr Menschen und entscheidet zunehmend über ihre Entfaltungsmöglichkeiten. Der nationalstaatliche Einfluss schwindet, bei gleichzeitiger Globalisierung von Politik und Wirtschaft. Krieg gilt immer noch als Mittel der Konfliktlösung.

Ressourcen und Positionen sind ungleich verteilt, auch in demokratischen Gesellschaften, auch zwischen Männern und Frauen. Nicht allein die soziale Spaltung in den Industriestaaten verschärft sich. Menschen in der sogenannten Peripherie kapitalistischer Produktion bleiben überproportional von Umweltzerstörungen, inhumanen Arbeitsbedingungen, Hunger und Gewalt betroffen. Umwelt- und Naturzerstörung können nur in gemeinsamer Perspektive bekämpft werden. Gleichzeitig belastet die Wirtschafts- und Lebensweise der Industriegesellschaften die ökologischen Ressourcen der Erde. Menschen- und Grundrechte werden jeden Tag und überall auf der Welt verletzt. **Das beweist, dass das eigentlich Selbstverständliche jeden Tag neu erkämpft werden muss.** Die Sicherung der Menschenrechte, der verantwortliche Umgang mit den natürlichen Ressourcen und die Bekämpfung von Hunger und Armut lassen sich nicht auf der Ebene einzelner Staaten und erst recht nicht in der Relation von Wahlperioden erreichen. **Das gelingt nur in einer globalen und über die Generationen hinweg reichenden Perspektive.**

Die Globalisierung beeinflusst die Struktur der Gesellschaften über die Wirkungen des globalen Handels hinaus. Erstmals stehen sowohl Kapital als auch Arbeit in unmittelbarer Konkurrenz zueinander, die arbeitsteilige Gesellschaft umfasst den ganzen Globus. Die Berufsbiografien der Industriegesellschaft befinden sich in tiefgreifendem Wandel. Das „normale“ Arbeitsverhältnis bildet vielfach nur noch den Referenzrahmen, um die zunehmende prekäre Beschäftigung zu kritisieren. Die heutigen Arbeitsbedingungen sind gekennzeichnet von befristeten Verträgen, schlechten Löhnen und hohem Leistungs- und Konkurrenzdruck. Bei gleichzeitig steigender Produktivität schwinden die Möglichkeiten der Erwerbsarbeit. Das hat massive Konsequenzen für die Beschäftigten, viel mehr noch für die Solidarsysteme dieses Landes. Der Sozialstaat wird demontiert, die Risikoabsicherung zunehmend ins Private abgeschoben. Die herrschende Politik des Neoliberalismus flankiert dazu rhetorisch: Wer auf dem Markt auf der Strecke bleibt, soll sich abgewöhnen, den Staat dafür in Haftung zu nehmen.

Die Auswirkungen einer sich massiv verändernden Arbeitswelt sind konkret. Viele Menschen sind betroffen von Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung, realer Verarmung. Die Angst vor dem sozialen Abstieg schmälert die Bereitschaft zur Solidarität und Toleranz. Ausgegrenzte Menschen ziehen selber Grenzen. Eine solche - vermeintliche - Verteidigung der eigenen Position nimmt auf die Würde des Anderen im Zweifel wenig Rücksicht. **Es ist immer eine Herausforderung von Demokratie, die Pluralität zu verteidigen. Sie kann dies nur, wenn soziale Gerechtigkeit ihr gleichzeitiges Leitbild bleibt. Die Offenheit einer Gesell-**

schaft ist auch Maßstab für die in ihr gelebte Demokratie. Diese Offenheit zeigt sich in der Teilhabe ihrer Mitglieder an den politischen Entscheidungen. Teilhabe wird konkret durch Teilnahme und Mitwirkung. Der Blick auf die kontinuierlich sinkende Wahlbeteiligung, die sinkende Bereitschaft, überhaupt Mitglied einer Partei zu werden, und das sinkende Vertrauen in die Lösungskompetenz von Politik belegt die Krise der Demokratie. Erstmals seit 1990 bezweifelt die Mehrheit der Ostdeutschen, dass die Demokratie die beste aller Staatsideen sei. 40 Prozent der Sachsen-Anhalter halten die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft für schädlich gegenüber dem Gemeinwohl. Demokratie als Prozess von Aushandlung wird in Frage gestellt, wenn eine „starke Hand“ Hoffnungsträger wird.

Rechtsextremismus - eine Gefahr für die Demokratie

Die demokratische Gesellschaft wird in Frage gestellt, wenn Gerechtigkeit nicht für alle gleichermaßen sondern nur für eine Gruppe von Menschen gelten soll. Die nationale Begründung von Menschenrechten ist ein Widerspruch in sich. Schon deshalb sind rechtsextreme Parteien nicht demokratisch. Ihre alte und neue politische Idee ist die völkische Gemeinschaft, deren innere Stärke durch rabiate Grenzziehung nach außen hergestellt werden soll. Ein solches Programm, der Nationalsozialismus hat es gezeigt, bedeutet in letzter Konsequenz immer die Vernichtung des Anderen. **Rechtsextreme Einstellungen sind eine Gefahr für das demokratische Gemeinwesen.** Sie sind es schon allein dadurch, dass sie den Fakt der Pluralität einer Gesellschaft als Problem darstellen. Sie liefern Motive, um Menschen zu bedrohen, zu demütigen oder gar zu töten.

Mit Blick auf die Entwicklung und das Programm des gegenwärtigen Rechtsextremismus wird eines deutlich: Er ist ein Problem der Mitte der Gesellschaft.

Rechtsextreme Einstellungen finden sich in allen gesellschaftlichen Schichten. Sie sind die extreme Zuspitzung gesellschaftlich etablierter Werte. Populistische Forderungen und Erklärungsmuster der extremen Rechten werden auch von Politikern demokratischer Parteien geäußert. So versuchen konservative Politiker immer wieder, sich mit sozialdemagogischen Verlautbarungen, besonders auf Kosten sozial Schwacher und Migranten und zunehmend auch mit staatlicher Law and Order Politik zu profilieren. Sie setzen dabei auf die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung. Politische Vorstöße wie die ausländerfeindliche Kampagne im Zuge des Wahlkampfes in Hessen zielen weniger auf politische Meinungen als auf das Ressentiment. Dadurch werden rassistische, rechtsextreme und damit auch demokratiefeindliche Einstellungen mobilisiert. Erschwerend kommt hinzu, dass rechtsextreme Parteien und Organisationen sehr gezielt in die bestehenden Lücken sozialer Infrastruktur vorstoßen. Mancherorts sind sie fast die einzigen Träger bürgernah erlebten Engagements. Zuletzt haben es die Kommunalwahlen in Sachsen gezeigt: Besonders in ländlichen Gebieten spielt diese Verankerung eine

wesentliche Rolle. Wenn Neonazis die Einzigen sind, die sich für den Erhalt des letzten Jugendklubs in der Gegend einsetzen, wenn sie es sind, die Kinderfeste und Hartz-IV-Beratung organisieren, wenn sie die aktiven Träger kommunaler Vereine und kommunalen Lebens sind, dann ist demokratische Gegenwehr kaum zu erwarten. Dann sind Rechtsextreme für große Teile der Bevölkerung auch konkret wählbar.

Diejenigen, die sich mit dieser Situation nicht abfinden wollen, stehen oftmals allein. Sie sind damit potenzielle Opfer rechtsextremer Gewalt und tatsächliche Opfer rechter Dominanz. Nichtrechte und alternative Jugendliche und Migranten sind davon in besonderem Maße betroffen und müssen deshalb die Unterstützung und Solidarität aller Demokraten erfahren.

Die Arbeit gesellschaftlicher Initiativen, unterstützt von fachlichen Beratungsstellen und Netzwerken, ist eine wesentliche Säule des Kampfes gegen Rechtsextremismus. Hier muss der Staat geeignete Rahmenbedingungen schaffen, die wirkungsvolle Strukturen gesellschaftlicher Partizipation ermöglichen. Gerade dort, wo aufgrund sozialer und sozialdemografischer Entwicklungen wenig oder kein vitales politisch-demokratisches Leben mehr stattfindet, wo Menschen also von gesellschaftlicher Mitbestimmung und Partizipation ausgeschlossen sind, bedarf es tragfähiger zivilgesellschaftlicher Mindeststrukturen. Wer Prävention und demokratisches Engagement fordert, der muss es auch mit geeigneten Strukturen und nicht zuletzt finanzieller Ausstattung fördern. Struktur- und Netzwerkbildung gegen Rechts kann nur mit einem Konzept erfolgreich sein, dass auf langfristige und stetige Arbeit vor Ort und in den Regionen abzielt und permanent wissenschaftlich begleitet und evaluiert wird. Der Ausbau, die Verstärkung und die Qualifizierung staatlicher Förderung auf Bundes- wie auf Landesebene sind dabei unabdingbar.

- Für Sachsen-Anhalt haben wir in unserem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus dazu umfangreiche und tragfähige Vorschläge erarbeitet.

Wir haben in Deutschland eine besondere Verantwortung im Umgang mit diesem Thema. Das nationalsozialistische Deutschland ist ein Kernbereich historischer Forschung. Auch im Bereich der pädagogischen Forschung muss es zu einem solchen werden. Politik hat hier verschiedene Einflussmöglichkeiten: Zum einen muss sie die Rahmenbedingungen wissenschaftlicher und schulischer Arbeit sichern. Zum anderen formulieren solche Entscheidungen gedenkpolitische Leitlinien. Die Geschichte wird in ganz unterschiedlichem Interesse für die Zukunft interpretiert.

- DIE LINKE setzt sich für den Erhalt der dezentralen Erinnerungslandschaft, sowohl bundesweit als auch in Sachsen-Anhalt, ein. Diese dokumentiert, wie konkret und komplex Terror und Vernichtung vor Ort wirkten. Weiterhin setzen wir uns für die institutionelle Trennung der Gedenkarbeit zur Geschichte des Nationalsozialismus von der Aufarbeitung der DDR-Geschichte ein. Dies ist der Unterschiedlichkeit des Untersuchungsgegenstandes

angemessen, aber vor allem der Spezifik der Opfer und der Motivlage der Opferverbände.

Wir wollen Rechtsextremismus in all seinen Facetten bekämpfen. Dazu unterstützen wir Initiativen, Projekte und Organisationen, die die demokratische Zivilgesellschaft stärken und den öffentlichen Raum gegen Neo-Faschisten verteidigen. Zentraler Akteur des organisierten Rechtsextremismus ist die neofaschistische NPD. Ein Verbot dieser Partei schneidet sie vom Zustrom staatlicher Gelder ab und ist ein deutliches Signal der Gesellschaft, dass ihre Positionen geächtet sind. Voraussetzung für ein Verbotsverfahren ist allerdings der Abzug aller Verbindungsleute der Verfassungsschutzämter. DIE LINKE ruft nicht leichtfertig nach Parteiverboten, weil das Parteienprivileg ein hohes Gut in der Demokratie ist, hält ein solches im Fall der NPD aber für notwendig.

DIE LINKE als Bürgerrechtspartei

DIE LINKE versteht sich auch als Bürgerrechtspartei. Ohne demokratische Prinzipien, die Orientierung auf Beteiligung vieler, verbunden mit dem Interesse des Einzelnen, wäre eine Linke für uns nicht akzeptabel. Gemeinsam mit außerparlamentarischen Akteuren, Vereinen und Initiativen wollen wir die Grundlage für eine erfolgreiche und lebendige Demokratie schaffen. Dazu gehört auch und in zunehmendem Maße das Eintreten gegen die Einschränkung zentraler bürgerlicher Rechte im Zuge eines vermeintlichen Kampfes gegen Extremismus und Terrorismus. Deshalb gilt für uns auch im Kampf gegen Rechtsextremismus: Die bestehenden repressiven Instrumente auf Bundes- und Landesebene sind gut und müssen konsequente Anwendung finden. Ein weiterer Ausbau ist aber weder notwendig noch sinnvoll.

- Eine Einschränkung des demokratischen Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit durch eine Verschärfung des Versammlungsgesetzes lehnen wir aus grundsätzlichen Erwägungen ab, denn Demokratie darf sich nicht selbst demontieren.

Parallel zur Erosion des Sozialstaates schreitet der Abbau von Grund- und Freiheitsrechten voran. Mit den sogenannten Terrorismusbekämpfungsgesetzen („Otto-Pakete“) hatte Rot-Grün begonnen, Bürgerrechte für eine trügerische Sicherheitspolitik zu opfern. Die Große Koalition setzt den Raubbau an den Freiheitsrechten weiter fort. Die Einführung neuer Personalausweise, die biometrische Daten speichern, führt entgegen der Suggestion zu weniger Sicherheit. Technische Lösungen führen zu neuen technischen Problemen. Die Digitalisierung und damit die weitreichende Erfassung von Personendaten zu Ermittlungszwecken sind Wesensmerkmale der herrschenden Sicherheitspolitik. Sie führt in die falsche Richtung. Wir setzen auf das Zurück zum Menschen. **Bürgerinnen und Bürger**

sollen ihre Grundrechte ohne Einschränkungen wahrnehmen können. Dies ist für uns unabdingbare Voraussetzung für öffentliche Sicherheit.

- Wir wollen eine bürgernahe, demokratisch strukturierte Polizei. Darum setzten wir uns in Sachsen-Anhalt für ein Personalentwicklungskonzept ein, das garantiert, dass Polizei vor Ort präsent ist.
- Gleichzeitig wollen wir mehr demokratische Kontrolle staatlicher Instanzen erreichen. Dem Untersuchungsausschuss zur Polizei in Sachsen-Anhalt liegen eklatante Vorwürfe zu polizeilichem Fehlverhalten vor. Wir begrüßen ausdrücklich das zurzeit in Sachsen-Anhalt diskutierte Instrument einer Polizeibeswerdestelle. Diese muss aber bestimmte Kriterien erfüllen, um dem Auftrag, fachliche Polizeiarbeit in transparenten Strukturen im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger zu befördern, gerecht zu werden. Ihre absolute Unabhängigkeit muss garantiert, hauptamtliches Personal und finanzielle Ausstattung gesichert sein. Viele Betroffene von polizeilichem Fehlverhalten gehören Gruppen mit geringem sozialem Status an und verfügen über geringe Beschwerdemacht. Die räumliche Trennung der Beschwerdestelle von polizeilichen Einrichtungen erleichtert bzw. ermöglicht erst für viele Betroffene, ihre Anliegen durchzusetzen. Grundvoraussetzung bleibt die lang geforderte Kennzeichnungspflicht von Polizisten, um polizeiliches Fehlverhalten den verantwortlichen Beamten zuordnen zu können.

DIE LINKE setzt sich im Verbund mit Wissenschaft und Bürgerinitiativen für eine kritische Bewertung und Evaluation der verabschiedeten und diskutierten Sicherheitsmaßnahmen ein. Dabei gilt es eine Gesamtschau der innenpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre vorzunehmen, um den Zusammenhang und die Auswirkungen des sogenannten „Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“ greifbar und die Dimension des Abbaus von demokratischen Grund- und Freiheitsrechten kenntlich zu machen. Innehalten, analysieren und bewerten statt aktionistisch weitere Felder der Überwachung zu schaffen ist die richtige Devise. Unter dem Versprechen, mehr Sicherheit zu schaffen, werden sonst Politik und Angst wechselseitig zum Motor einer Aushöhlung demokratischer Grundwerte.

Wir wollen neben dem „Markenzeichen“ der LINKEN, der sozialen Gerechtigkeit, die Frage der politischen Rechte, mithin der demokratischen Gesamtverfassung unserer Gesellschaft, gleichberechtigt in die Politik von Partei und Fraktionen einbringen. **Erst durch diese Verknüpfung wird unsere Kapitalismuskritik zu einer linken.** Für uns sind soziale und politische Grundrechte zwei Seiten einer Medaille. Nur wer sozial abgesichert ist und damit ein würdiges Leben bestreiten kann, der ist auch in der Lage seine politischen Rechte intensiv wahrzunehmen. Bestes Beispiel für diesen Zusammenhang ist die Hartz-IV-Gesetzgebung: Nicht nur, dass Menschen damit in die Armut getrieben werden, nein, sie verlieren auch ihre politischen Rechte. Das Ausforschen ihrer privaten Lebensführung durch die ARGEn ist beredtes Beispiel hierfür.

Der Dualismus „Freiheit und Gerechtigkeit“ hat für uns einen hohen Stellenwert. Gerade die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte verpflichtet uns, das eine Recht nicht anders zu gewichten als das andere. Die LINKE will sich an die Spitze einer Diskussion stellen, die nicht weniger politische Partizipation, sondern bedeutend mehr will. Der präventive Überwachungsstaat darf nicht Wirklichkeit werden. Wir wollen die Kraft sein, die wie bei der sozialen Frage, auch den Zusammenhang von äußerer Militarisierung und innerer Aufrüstung deutlich macht. Denn für die deutschen Kriegsbeteiligungen braucht die Große Koalition die Friedhofsruhe nach innen.

Toleranz und Pluralität – gleiche Rechte für alle!

Menschenrechte sind unteilbar. Dennoch trennt das Grundgesetz zwischen Rechten von Bürgern und Menschen. Für Inhaber des deutschen Passes gelten mehr Rechte als für EU-Bürger und wiederum andere Rechte für die Menschen, die von außerhalb Europas hierher kommen. Migration und Wanderungsbewegungen sind historisch und aktuell fester Bestandteil der Zivilisation. Die Bundesrepublik ist bereits seit Jahrzehnten – beginnend mit den von Deutschland angeworbenen Arbeitsmigranten – ein Einwanderungsland. Doch erst seit wenigen Jahren wird über offizielle Konzepte der Integration gesprochen.

Die angeblichen Zuwanderungskonzepte der EU sind in Wirklichkeit Maßnahmepakete der Abschottung gegenüber der Mehrheit der Flüchtlinge.

Tausende von ihnen sterben jedes Jahr beim Versuch, die „Festung Europa“ zu erreichen. Es ist letztlich die Sehnsucht nach einem Leben, das die Inanspruchnahme der verbrieften Menschenrechte erlauben würde, nach einem Leben in Würde und Selbstbestimmtheit. 15 Jahre ist es her, dass das Grundrecht auf Asyl in Deutschland durch seine Aushöhlung faktisch abgeschafft wurde. Menschen, die den gefährlichen Weg der Flucht bis in die Bundesrepublik schaffen, werden Sondergesetzgebungen unterworfen, die ihren prekären Status zusätzlich verschärfen. Sie definieren Vergehen, die überhaupt nur Flüchtlinge begehen können. Für Asylsuchende gibt es weder das Recht auf Freizügigkeit noch uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt. Politische Organisation und Partizipation von Flüchtlingen und Migranten werden dadurch entscheidend behindert.

- Die Abschaffung der Residenzpflicht ist längst überfällig, DIE LINKE fordert dies wie zahlreiche Organisationen und Initiativen.
- In der Verantwortung der Kommunen liegen Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden. DIE LINKE setzt sich für die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge ein, statt der oft unwürdigen Kasernierung in den sogenannten Sammelunterkünften.

Schätzungsweise über eine Million Menschen leben in Deutschland ohne Papiere und sind somit illegalisiert. Ihre Rechte auf Hilfe im Krankheitsfall und Bildung stehen formal fest. In der Realität verhindert jedoch die Verpflichtung öffentlicher Stellen wie Krankenhäusern und Schulen zur Meldung sogenannter „Illegaler“ ihren Zugang. Nur die Rechtsüberschreitung von Ärzten, Lehrern und Pädagogen ermöglicht die Inanspruchnahme. Ebenso ist die Ausbeutung illegaler Arbeitnehmer ein Fakt, der sich auf ihrem mangelnden Rechtsstatus gründet.

- Wir fordern die Abschaffung der Meldepflicht für öffentliche Stellen und die Klagemöglichkeit bei vorenthaltenem Lohn. Wir müssen die Grundrechte dieser Menschen sichern, damit sie ohne Angst Schulen besuchen und zum Arzt gehen können. Menschenrechte sind nicht teilbar.

Gleichwertige Lebensverhältnisse – Die soziale Basis von Demokratie

DIE LINKE ist eine Partei der Solidarität. Wir vertreten in Sachsen-Anhalt selbstverständlich auch die Perspektive der Bevölkerung der ostdeutschen Bundesländer. **Politik steht unverändert in der Pflicht, für gleichwertige Lebensverhältnisse in der gesamten Bundesrepublik Sorge zu tragen.** Dies wäre Merkmal einer gerechten sozialen Ordnung, die im Einklang mit einer sich selbst tragenden Wirtschaft stehen muss. Dieser Ankerpunkte hat es auch in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft bedurft, um zu einer breiten Akzeptanz des demokratischen Staatswesens zu gelangen. Man kann diese Kopplung der Zustimmung zur Demokratie an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und an die mehrheitliche Wohlstandsgarantie kritisieren. Der Zusammenhang bleibt dennoch wirkungsmächtig.

Seit Mitte der 1990er Jahre wurde viel über die Funktion der PDS gesprochen, weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung in die Bundesrepublik politisch integriert zu haben. Das Reformpaket „Agenda 2010“ hat nicht nur Arbeitslosigkeit sondern auch viele Formen von Arbeit selbst, biografische Abschnitte wie Kindheit und Rente oder Krankheit zum Armutsfaktor gemacht. **In dieser Situation ist es die Funktion der LINKEN, die Interessen weiter Teile der Bevölkerung in West und Ost zu vertreten.**

Mit der Demontage der sozialen Sicherungssysteme hat sich nicht nur die Dimension gesellschaftlicher Ungleichheit erweitert. Menschen werden nicht nur ins soziale Abseits gedrängt, sie werden auch per se des Missbrauches sozialer Leistungen verdächtigt. Ein gesellschaftliches Klima der Diskriminierung und Ausgrenzung wird erzeugt. Hartz IV hinterlässt Menschen, die in höchstem Maße von politisch-administrativer Entscheidung betroffen sind und die gleichzeitig als Bürger diesen Entscheidungen ohnmächtig gegenüberstehen. Ihre Lebensführung ist in alle Bereiche hinein beeinflusst und beschränkt. **Die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben aufrecht zu erhalten, ist nur noch zeitweise und unter**

großen Kraftanstrengungen möglich. Das ist nicht nur unsozial, es ist auch undemokratisch.

Die Armutsberichte machen deutlich, was DIE LINKE seit Einführung der Hartz-Gesetze kritisiert: **Armut wird vererbt.** In Bereichen, die eigentlich für alle Bürger elementar sind, kann man beobachten, wie aus der finanziellen Benachteiligung eine soziokulturelle wird. Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr - die Teilhabe bereits an solch wichtigen Teilsystemen unterscheidet sich erheblich. Kinder armer Familien werden in Sachsen-Anhalt bereits im Kindergartenalter um einen Großteil ihrer Bildungschancen gebracht. Die Reglementierung des Betreuungsanspruches für Kinder arbeitsloser Eltern schließt sie von Angeboten zur frühkindlichen Bildung aus. Diese frühe Ausgrenzung hat nachhaltige Folgen, nicht nur auf den gesamten späteren Bildungsverlauf. **Die Erfahrung von Ausgrenzung untergräbt die Bedingung der Demokratie – die gleichberechtigte Teilhabe aller.** Dann verlieren auch pädagogische Bemühungen und kulturelles Demokratie-Lernen ihre Glaubwürdigkeit. Denn für eine wachsende Zahl von Menschen gibt es keine positiven Erfahrungen eines demokratischen Alltags. Wenn Bürgerinnen und Bürger aber von der Politik zu Objekten gemacht werden, braucht man nicht mehr nach deren aktiver Teilhabe am Politischen oder gar am Demokratischen zu fragen. **Die Volkssouveränität braucht souveräne Menschen.**

- Eine gerechtere und demokratische wie kulturelle Teilhabe ermöglichende Sozialpolitik ist nur in begrenztem Maße landespolitisch umsetzbar. Darum bleiben unsere Forderungen nach einer sozialen Ausgestaltung der Europäischen Union und der verbindlichen Formulierung sozialer Mindeststandards in diesem Rahmen aktuell. Zugleich ist eine Kurskorrektur auf Bundesebene dringend geboten. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro pro Stunde, die spürbare Anhebung der Regelsätze, die Schaffung einer armutsfesten Kindergrundsicherung von 420 Euro oder die Verankerung einer Mindestabsicherung im Alter von 800 Euro im Zuge einer Reform des Rentensystems hin zu einer Erwerbstätigenversicherung wären erste wichtige Schritte.
- Aber auch in Land und Kommune existieren Handlungsspielräume, die wir als LINKE im Sinne der Betroffenen ausschöpfen wollen. Mit der Einführung kommunaler Familienpässe könnten Eltern mit ihren Kindern Wege zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben neu eröffnet werden. Mit einer kommunalen Sozialpauschale wollen wir die vielfältigen Mittel für Beratungsangebote bündeln und in die eigene Verantwortung der Kommunen geben.
- Von Armut sind vor allem auch Kinder in einem erschreckenden Ausmaß in Sachsen-Anhalt berührt. Land und Kommunen müssen jede Möglichkeit in dem ihnen zur Verfügung stehenden Rahmen nutzen, die Folgen der verfehlten Sozialpolitik des Bundes abzufedern. Wenn für viele Kinder und Jugendliche die Frage nach dem Besuch des Gymnasiums an den Kosten der

Schülerbeförderung in der Sekundarstufe II scheitert, ist dies nicht hinnehmbar. DIE LINKE bleibt daher auch bei ihrer bereits im Jahr 2006 eingebrachten Forderung nach einer Kostenbefreiung für diese Schülerinnen und Schüler. Zudem arbeiten wir an einem Modell, dass ein Angebot eines warmen Mittagessens an allen Kindertagesstätten und Grundschulen sichert und auch Kindern einkommensschwacher Familien eine Teilnahme daran ermöglicht.

Demokratie bilden!

Demokratie lebt von aktiver Beteiligung oder sie wird zu staatlichem Verwaltungshandeln reduziert, dem sich Bürgerinnen und Bürger ausgeliefert sehen. Partizipation jedoch baut auf Selbstbestimmung, die nicht voraussetzungslos möglich ist. Untrennbar damit verbunden ist der diskriminierungsfreie Zugang für alle zu Bildungsangeboten in hoher Qualität, und das nicht nur in der Schule sondern ein Leben lang. Politik muss sich dieser Herausforderung stellen, nicht zuletzt auch weil Bildungsgrad und sozialer Ausgleich in einem engen Zusammenhang stehen.

So wie es für den Bildungserfolg jeder und jedes Einzelnen eben auf den Anfang ankommt, können Kindertagesstätten und Schulen auch frühe Wegmarken bei der Entwicklung wirklicher Beteiligung, gelebter Toleranz und Demokratie sein. DIE LINKE plädiert für die Stärkung bzw. den Ausbau eines integrativen und alle, ihren Begabungen und Fähigkeiten entsprechend, fördernden Bildungssystems. Das Erfahrbarmachen von Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit sowie der produktive Umgang damit können Bausteine sein, um wachsender Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz entgegenzuwirken.

- Darum bleiben die Wiederherstellung des Rechtsanspruches auf ganztägige frühkindliche Bildung und Betreuung sowie der Übergang vom gegliederten Schulsystem zu einer Schule für alle Kinder zentrale Forderungen der LINKEN in Sachsen-Anhalt.
- DIE LINKE setzt sich für einen weiteren Ausbau der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten an den Schulen und Hochschulen ein – nicht nur weil Bildung nicht alleinige Aufgabe der Lehrenden ist, sondern auch weil das Erleben gleichberechtigter Mitbestimmung aller Gruppen und ihr Wirkungsgrad bereits bei Kindern und Jugendlichen prägend sein können für die Akzeptanz demokratischer Strukturen insgesamt und ein späteres gesellschaftliches Engagement.

Hochschulen sollen nicht allein Möglichkeiten für den Erwerb eines berufsqualifizierenden Abschlusses oder Raum für Forschung und Entwicklung bieten, wenn-

gleich beide notwendige und berechtigte Zielstellungen sind. Sie müssen auch Ort kritischer Politikbegleitung und Gesellschaftsanalyse sein und bleiben.

- Darum wendet sich DIE LINKE auch gegen den allgemeinen Trend, Hochschulen zu reinen Ausbildungsstätten umzuwandeln und sie wie viele andere Bereiche einem wachsenden Privatisierungsdruck zu unterwerfen.
- Die Hochschulen müssen die nötigen Freiräume bieten, um gesellschaftliches Engagement zu ermöglichen. Zudem setzt sich DIE LINKE für den Erhalt des allgemeinpolitischen Mandats der Studierendenschaften ein.

Bildung endet nicht mit dem Schul- oder Berufsabschluss. Wer Bildung für einen wichtigen Faktor für Demokratieakzeptanz und Bürgerbeteiligung hält, muss darum auch dem Bereich der Erwachsenenbildung hohe Aufmerksamkeit widmen. DIE LINKE zählt dazu jedoch nicht allein die berufliche und berufsbezogene Weiterbildung, sondern eben auch die allgemeine, politische, kulturelle Weiterbildung und Qualifizierung für gesellschaftliches Engagement.

Demokratie setzt Vielfalt der Informationen voraus!

Soll die reale Beteiligung an Diskussions- und Entscheidungsprozessen nicht nur ein Privileg weniger sein und aus der „Informationsgesellschaft“ auch eine „informierte Gesellschaft“ werden, bedarf es eines freien Zuganges zu Information und Kommunikation. Die fortschreitende Digitalisierung, das verstärkte Engagement großer Finanzinvestoren, die Internationalisierung der Medienbranche und ein wachsender Rentabilitätsdruck in den Unternehmen erfordern eine angemessene Reaktion der Politik, um diesen Ansprüchen zukünftig mehr als bisher zu folgen.

Eine zentrale Rolle bei der Sicherung von Chancengleichheit und Partizipation kann und muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk spielen.

- DIE LINKE setzt sich für seinen Erhalt ein und plädiert dafür, ihm die mit der Digitalisierung verbundenen Möglichkeiten nicht zu verbauen. Dabei muss jedoch gewährleistet werden, dass die Gebühren zum Empfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für alle finanzierbar bleiben.

Darüber hinaus können die Anstalten ihrer Rolle weitaus gerechter werden, wenn auch sie selbst ihre Beteiligungsinstrumente qualifizieren, etwa durch die Stärkung der Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und das Zurückdrängen des parteipolitischen Gewichts.

- Dies ist nicht allein von den Rundfunkveranstaltern zu leisten, sondern bedarf einer politischen Begleitung bzw. einer Veränderung der staatsvertraglichen Regelungen.

Um den diskriminierungsfreien Zugang zu den digitalen Informations- und Kommunikationsmitteln zu gewährleisten, ist ein schneller Ausbau des Internetzugangs über Breitbandversorgung unabdingbar. Dabei sind alternative Technologien auf ihre Anwendbarkeit zu überprüfen. DIE LINKE hält es für nicht akzeptabel, dass sich die Versorgung bisher zu oft auf die Ballungsgebiete konzentriert.

Selbstbestimmtes Agieren innerhalb der immer vielgestaltiger werdenden Medienlandschaft ist eine zentrale Bedingung für demokratische Teilhabe. In Sachsen-Anhalt hat auf der Basis landesgesetzlicher Regelungen die Förderung der Bürgermedien und der Medienkompetenz bereits einen hohen Stellenwert. Die Medienanstalt Sachsen-Anhalt leistet hier wertvolle Arbeit, die es zu unterstützen und auszubauen gilt.

Transparenz und Chancengleichheit erfordern Vielfalt – sowohl im Printbereich als auch in den elektronischen Medien. Gerade der Einfluss der Medien auf den öffentlichen Diskurs und damit auch politische Entscheidungsprozesse erzwingen eine wirksame Konzentrationskontrolle. Dort, wo kartellrechtliche Regelungen kaum greifen, wirkt eine Demokratisierung von innen, so durch eine stärkere Autonomie der Redaktionen oder eine Neujustierung des Auftrages der Rundfunkveranstalter, nachhaltiger. DIE LINKE setzt sich für eine Anpassung der mediengesetzlichen Grundlagen in diesem Sinne ein.

Demokratisierung der Wirtschaft

Die wachsende Dominanz eines nahezu ausschließlich durch den Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus erfordert mehr denn je eine gesellschaftliche Korrektur. Global agierende, durch permanente Konzentrationsprozesse immer mächtiger werdende private und staatliche Unternehmen zerstören zunehmend das marktwirtschaftliche Gesamtgefüge. Diese wirtschaftliche Macht verschärft den Gegensatz zwischen demokratischem Überbau in Form einer repräsentativen Demokratie und der autokratisch geführten Wirtschaft als gesellschaftlicher Basis. Reformbestrebungen, die sich allein auf diesen Überbau konzentrieren, sind kaum noch in der Lage, diese Verwerfungen zu korrigieren, ebenso wenig wie eine Politik, die allein auf eine Lenkung auf makroökonomischer Ebene, wie beispielsweise durch Steuern, Abgaben oder das Kartellrecht, setzt.

Hinzu kommt eine Verschärfung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen. Über die Hälfte des gesamten Vermögens ist auf weniger als acht Prozent aller privaten Haushalte konzentriert, beim Produktivvermögen klafft die Schere noch weiter auseinander. Mit der Verfügung über diese Vermögen wird eine Macht ausgeübt, die weit über den Bereich der Wirtschaft hinausgeht. Die globale Organisation der Wirtschaft erschwert zudem zunehmend den Widerstand gegen Lohn-dumping, Kapitalflucht und andere Fehlentwicklungen, da Mitbestimmung auf dem

heutigen Niveau eben nur bis zum Werkszaun reicht, Entscheidungen aber auf ganz anderen Ebenen getroffen werden.

Die alleinige Orientierung börsenorientierter Unternehmen auf kurzfristige Gewinne im Interesse der Aktionäre macht Arbeit und Arbeitende zu reinen Kostenfaktoren. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Forderungen der Wirtschaft nach weiterer Aushöhlung der Rechte von Arbeitenden und die von der herrschenden Politik im Rahmen der Agenda 2010 unterstützte Zunahme unregelter prekärer Arbeitsverhältnisse erhöhen den Druck auf die Beschäftigten. Sichtbar wird dies auch im Bereich der Tarifpolitik, wo mit Hinweisen auf die Sicherung von Beschäftigung und den Erhalt von Arbeitsplätzen die Einkommensentwicklung von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelt wurde.

Es wird deutlich, dass die historische Sozialpartnerschaft der alten Bundesrepublik endgültig in Frage gestellt ist.

- DIE LINKE setzt sich für die Erneuerung dieser Partnerschaft ein und macht Vorschläge dafür, wie diese unter den veränderten globalen Rahmenbedingungen tragfähig gestaltet werden kann.

Wirtschaftsdemokratie ist kein einfacher Gegensatz zur Marktwirtschaft, sondern stellt eine Symbiose aus planerischer Gestaltung, regulativen Elementen und marktwirtschaftlichen Bestandteilen dar. Sie erfordert das Zusammenwirken verschiedener Elemente. Im makroökonomischen Bereich sind die gesamtwirtschaftlichen Aspekte im Rahmen der Haushalts-, Geld- und Sozialpolitik unter Einbeziehung von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu koordinieren. Marktsteuerung umfasst die Fragen der Wettbewerbs-, Kartellrechts- und Tarifpolitik sowie des Verbraucherschutzes. Dazu gehört eine gezielte Regionalpolitik als Bestandteil der Landesentwicklung. Im einzelwirtschaftlichen Bereich geht es um die Sicherung und Erweiterung vielfältiger Formen von Mitbestimmung bei betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungsprozessen. Gesellschaftliche Kontroll- und Regulierungsmechanismen müssen die Sozialpflichtigkeit des Eigentums sichern, Mitbestimmung in Betrieben und Konzernen ist vor allem bei existenziellen Entscheidungen zu gewährleisten. **Wirtschaftsdemokratie verfolgt das Ziel einer gemeinwohlorientierten statt profitorientierten Gestaltung der Wirtschaft.**

Das Kapital schafft weder Werte noch Profit, das geschieht erst durch die Arbeit. Daher streben wir eine umfassende Beteiligung der abhängig Beschäftigten am geschaffenen Überschussprodukt an. DIE LINKE setzt sich für eine politische Stärkung der Gewerkschaften ein und unterstützt ihr Ringen um existenzsichernde Einkommen und den Abschluss von Flächentarifverträgen.

Demokratische Partizipation und Kontrolle wirtschaftlicher Macht können nur dann zu einer wirklichen Demokratisierung der unternehmerischen Entscheidungsbildung in einem gesamtwirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich vernünftigen Sinne führen, wenn diese an einen bestimmten volkswirtschaftlichen und ökologischen

Rahmen gebunden ist. **Merkmal einer stabilen, umweltgerechten, an den Bedürfnissen der Konsumenten und der Gesellschaft orientierten Volkswirtschaft ist daher eine volkswirtschaftliche Rahmensetzung, die eine ökologisch und sozial ausgewogene Steuerpolitik, eine an den Bedürfnissen aller Betroffenen orientierten Investitionslenkung und eine neue Qualität der Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik umfasst.**

Staatliche Investitions- und Förderpolitik darf nicht einseitig auf quantitative Wachstumsplanung gerichtet sein, sondern muss vorrangig durch qualitative Wachstumsfaktoren und Verringerung des Ressourcenverbrauchs bestimmt werden.

Die demokratische Regulierung der Wirtschaft soll das immanente Interesse von Verbrauchern und Produzenten an preiswerten Produkten und Dienstleistungen mit ökonomischen Kriterien zusammenzubringen. Daraus definiert sich ein neuer Maßstab betriebswirtschaftlicher Effizienz, in den neben der Rentabilität auch der soziale Nutzen und die ökologischen Folgen einbezogen werden. Sie setzt auf die Notwendigkeit des Funktionierens eines so kontrollierten Marktes und der Verbindung einer kapitalistischen Marktsteuerung (Steuern, Abgaben, Kartellrecht ...) und der demokratischen Steuerung grundlegender ökonomischer, ökologischer und sozialer Rahmendaten.

DIE LINKE setzt deshalb auf eine sozialstaatliche Transformation, die als Grundlage eine zuerst am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft hat. Dabei negieren wir nicht, dass unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind. Zentrale Frage ist dabei die des Eigentums an Produktionsmitteln im weitesten Sinne. Programmatische Vorstellungen der PDS setzten aus der historischen und politischen Erfahrung auf eine Vielfalt an Eigentumsformen im Rahmen einer demokratischen Kontrolle. DIE LINKE ist gut beraten, diese Vorstellungen produktiv aufzugreifen und nicht zu Konzepten zurückzukehren, die letzten Endes auf Enteignung und vollständigen Eingriff in die Wirtschaft zielen. Die staatliche Reorganisation der Wirtschaft löst zudem nicht das Problem der Anonymität des Eigentums und des damit fehlenden Eigentümerbewusstseins der Betroffenen. Linke Ansätze für eine Wirtschaftsdemokratie beruhen auf einem Nebeneinander der Entwicklung genossenschaftlicher, öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Unternehmensformen und deren Stärkung gegenüber dem privatwirtschaftlichen Sektor. Vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig und möglich, lenkende Eingriffe im Interesse des Gemeinwohls vorzunehmen. Dazu gehören Schutz und Mehrung des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Güter in allen gesellschaftlichen Bereichen, von der Kommune bis zum Bund – auch auf europäischer Ebene.

- So ist die Forderung der LINKEN nach der demokratischen Kontrolle der Netze zur Energieversorgung und im Schienenverkehr mehr als berechtigt, sie sollte durchaus auch auf die Kommunikationsnetze ausgeweitet werden.

Die Daseinsvorsorge darf nicht zuerst dem Kriterium der wirtschaftlichen Rentabilität unterworfen werden. Sie kann sich diesem aber auch nicht vollständig verschließen. Daher wird DIE LINKE den Kampf gegen wachsende Privatisierungstendenzen in diesem Bereich verbinden mit einer substanziell begründeten Bestimmung der Säulen und der Aufgaben der Daseinsvorsorge und ihrer Realisierung unter Berücksichtigung der programmatisch gewollten Vielfalt von Eigentumsformen und ihrer demokratischen Kontrolle.

Menschen sehen die Welt durch die Brille ihres Arbeitsplatzes. Hier entscheidet sich für viele die Möglichkeit der sozial bestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und damit auch an gelebter Demokratie. Eine hohe Arbeitslosigkeit verschärft den Druck auf die Arbeitsbedingungen genauso wie auf die Entlohnung. Die alleinige Orientierung auf Wettbewerb und Markt fördert Lohndumping und eine zunehmende Inhumanisierung der Arbeitswelt.

- DIE LINKE hat mit ihrer Forderung nach einem allgemein verbindlichen gesetzlichen Mindestlohn ein Gegenkonzept auf den Weg gebracht, das von anderen halbherzig übernommen, aber nicht umgesetzt wurde. Sie ist und bleibt ein wichtiges Markenzeichen der strategisch-programmatischen Ansätze der LINKEN für eine andere Wirtschaftspolitik.

Mehr Demokratie: lokal und international!

Eine lebendige Demokratie ist vor Ort präsent oder sie verfehlt ihr tragendes Element – die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen.

Durch die zunehmenden Internationalisierungsprozesse jedoch sind Strukturen demokratischer Beteiligung unter Legitimationsdruck geraten oder zeigen sich zunehmend wirkungslos. Entscheidungen in Politik und Wirtschaft werden immer häufiger von Gremien oder Institutionen getroffen, denen es an demokratischer Legitimation fehlt und die sich dem unmittelbaren Einfluss der Verantwortlichen vor Ort entziehen. Daraus erwächst vielfach ein Ohnmachtsgefühl politischer Entscheidungsträger, das sich wiederum auf die Bürgerinnen und Bürger überträgt – ihr Vertrauen in die politische Handlungskompetenz ihrer gewählten Vertreter schwindet oder aber sie halten eine Einflussnahme generell für unmöglich.

- DIE LINKE tritt dafür ein, diese Entwicklung umzukehren und ruft alle Beteiligten auf, gemeinsam für eine Erneuerung und damit eine Stärkung demokratischer Teilhabe und Mitbestimmung auf allen Ebenen zu streiten. Dieser Prozess wird nur gelingen in einem Dialog aller politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure. Die Alternative wäre ein Zurück zu autoritären oder paternalistischen Strukturen.

Für uns besteht Handlungsbedarf gleichzeitig auf mehreren Ebenen. **Es gilt zum einen, demokratische Strukturen auf europäischer und internationaler Ebene**

zu stärken und auszubauen. Europäische Politik darf nicht länger allein Angelegenheit von Diplomaten oder der Ministerialbürokratie sein. Sie muss Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger Europas werden. Die Geschichte des Europäischen Verfassungsvertrages und seines Ratifizierungsverfahrens ist ein beredter Beleg, wie Gestaltungsprozesse über die Köpfe der Menschen hinweg langfristig zum Scheitern verurteilt sind. Da es für den europäischen Integrationsprozess jedoch unabdingbar ist, eine gemeinsame und für alle verbindliche Basis zu finden, die die Ziele der Europäischen Union an den Werten Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Gerechtigkeit und Frieden orientiert, muss ein Ausweg aus dem verfehlten Ratifizierungsverfahren gesucht werden. Auch und vor allem hier sagen wir sehr deutlich: nicht hinter verschlossenen Türen sondern im Lichte und unter Beteiligung der demokratischen Öffentlichkeit.

- Am Ende dieses Weges kann es nur eine Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar, also durch Plebiszite geben.

Zum anderen bleibt auch und gerade bei wachsender Internationalisierung die Politik innerhalb der einzelnen Länder und Regionen ein wichtiger Faktor. Die Auswirkungen der Globalisierung – positiv wie negativ – werden für die Menschen schließlich dort spürbar, wo sie leben und sich gesellschaftlich engagieren. Darum ist es von entscheidender Bedeutung, auch hier einen Demokratisierungsschub zu erreichen. Für DIE LINKE steht daher im Zentrum eine Strategie, deren Ziel die demokratisch legitimierte Selbstbestimmung des örtlichen Gemeinwesens ist. Dafür ist es notwendig, die lokalen bzw. kommunalen Strukturen nicht weiter ihrer Handlungsmöglichkeiten, etwa durch der marktliberalen Ideologie folgende Privatisierungen öffentlicher Güter oder strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Gebietskörperschaften, zu berauben. Globalisierung und internationale Verflechtung heißt nicht Aufgabe lokaler Verantwortlichkeit oder Beteiligung – im Gegenteil.

- DIE LINKE tritt für eine Stärkung der kommunalen Spielräume – funktional wie haushalterisch – ein.

Linke Kommunalpolitik ist emanzipatorisch darauf gerichtet, jede Entscheidung partnerschaftlich mit der Gesellschaft zu treffen und umzusetzen, wobei wir uns konsequent am Leitbild der Bürgergesellschaft und Bürgerkommune orientieren. Die repräsentative Demokratie wollen wir durch „direkte Demokratie“, mehr Partizipation und verbesserte Transparenz weiterentwickeln. DIE LINKE wendet sich mit ihrem Verständnis von einer Bürgerkommune gegen die durchaus vorhandene Tendenz, auf diese Weise einen Rückzug des Staates und auch der Kommunalpolitik aus der sozialen Verantwortung zu legitimieren. Unsere Zielvorstellung von einer Bürgerkommune nimmt Staat und Kommunalpolitik nicht aus der Verantwortung, sondern wir wollen die Politik in eine viel weit reichendere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft stellen. Strukturreformen auf kommunaler Ebene haben sich künftig neben Effizienzkriterien vor allem auf den partizipativen Ansatz der Bürger-

kommune zu konzentrieren, um eine neue Qualität der Zusammenarbeit im Dreieck zwischen Bürgerschaft, Rat und Verwaltung zu erreichen.

Zugleich muss es Ziel einer an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger orientierten Politik sein, die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Verfügung demokratisch legitimierter Strukturen zu halten und langfristig zu sichern.

- DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat mit ihrem Beschluss über das Leitbild zur räumlichen Gliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge einen wichtigen Beitrag für die gesellschaftliche Debatte geleistet und wird die Diskussion darüber fortsetzen.
- DIE LINKE sieht in Bürgerhaushalten eine Chance, dass der Kernbereich kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse – die Haushaltspolitik – für die gesellschaftliche Teilhabe erschlossen werden kann. Ferner bekräftigen wir unsere Forderung nach einer Qualifizierung des Ortschaftsrechts und sehen in der „Interkommunalen Kooperation“ eine wirksame Strategie, um der neoliberalen Markt- und Standortkonkurrenz nachhaltig entgegenwirken zu können.

Dezentrale Ansätze der Gestaltung und Umsetzung von Politik bergen

zentrale Vorteile: sie sind meist transparenter, bieten mehr partizipatorische Anknüpfungspunkte und sind näher an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und den konkreten Problemlagen vor Ort.

Mehr direkte Demokratie wagen – die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide abbauen. Noch immer scheitern die meisten Bürgerbegehren bereits im Antragsstadium, daher ist die Zulässigkeit im Vorfeld der Unterschriftensammlungen durch die Vertretung festzustellen. Viele Themen sind für eine Mitsprache der Bürger bisher nicht zugelassen, wie z.B. Bauleitplanungen, Vermögensfragen, Abgaben oder Satzungen. Auch ist die Unterschriftenhürde für Bürgerbegehren zu hoch.

Wir aber wollen die Menschen zur Mitwirkung einladen. Dazu gehört die Öffnung der Themenfelder und die Senkung der Unterschriftenquoten für Bürgerbegehren und –entscheide. Das erhöht die Akzeptanz von Entscheidungen und hilft Konflikte zu lösen.

Ausbau statt Abbau der Demokratie

Keiner gesellschaftlichen Gruppe und keinem besonderen Interesse soll die Teilnahme am politischen Prozess verweigert werden. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Es existieren zahlreiche sozioökonomisch vermittelte Hindernisse der Beteiligung an politischer Entscheidungsmacht, am Zugang zu Bildung und Kultur. Als LINKE sehen wir innerhalb der Demokratie somit vor allem unsere Aufgabe

darin, diese zu demokratisieren. Auch damit vertreten wir besonders die Interessen sozial Schwächerer.

Der Verteidigung demokratischer Prinzipien kommt in einer Zeit des Abbaus der politischen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten hohe Priorität zu. Diesem Abbau setzt DIE LINKE ihre Vorschläge für einen Ausbau der Demokratie entgegen und sucht den breiten Dialog darüber mit allen, die sich einer Demokratisierung unseres Gemeinwesens ebenso verschrieben haben.

(Beschlossen mit keiner Gegenstimme und nur 4 Stimmenthaltungen)